

Kartell- und Wettbewerbsrecht der Versicherungsunternehmen

von

Prof. Dr. Meinrad Dreher, Dr. Michael Kling, Dr. Jens Hoffmann

2. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2015

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64233 3

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Dreher/Hoffmann/Kling
Kartell- und Wettbewerbsrecht
der Versicherungsunternehmen

beck-shop.de

beck-shop.de

Kartell- und Wettbewerbsrecht der Versicherungsunternehmen

von

Dr. Meinrad Dreher
o. Professor an der Universität Mainz

Dr. Jens Hoffmann
Rechtsanwalt in Bad Kreuznach

Dr. Michael Kling
o. Professor an der Universität Marburg

2. Auflage 2015



beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 9783406642333

© 2015 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH
Neustädter Straße 1–4, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort zur zweiten Auflage

Die Versicherungswirtschaft zählt zu den beiden einzigen Branchen, für die eine eigene EU-kartellrechtliche Gruppenfreistellungsverordnung gilt. Und in dem Bereich des Wettbewerbsrechts, das trotz zahlreicher europarechtlicher Vorgaben auf nationalen Rechtsgrundlagen beruht, hat sich die Versicherungswirtschaft eigene Wettbewerbsrichtlinien gegeben. Zu diesen besonderen Gegebenheiten kommt eine enge Verknüpfung vieler wettbewerblicher Fragen mit versicherungsaufsichtsrechtlichen und privatversicherungsrechtlichen Erwägungen – insbesondere auf der Grundlage des VAG und des VVG – hinzu. Vor dem Hintergrund geht das vorliegende Buch von der Stellung der Versicherungswirtschaft im Wettbewerb und von den für sie geltenden europäischen sowie deutschen Regelungen aus. Die Zusammenfassung des Versicherungskartell- und des Versicherungswettbewerbsrechts bildet eine vertiefte Darstellung des wettbewerbsbezogenen Versicherungsunternehmensrechts. Sie wendet sich sowohl an die Praxis der Unternehmen und Verbände, der Kartellbehörden, der Versicherungsaufsicht und der Gerichte als auch an die Wissenschaft.

Die Neuauflage berücksichtigt umfassend die zahlreichen Gesetzesnovellen, die seit der ersten Auflage dieses Werkes in Kraft getreten sind; das sind im Kartellrecht namentlich die GVO Versicherungswirtschaft Nr. 267/2010, die neue Vertikal-GVO Nr. 330/2010 und die 8. GWB-Novelle von 2013 sowie im Wettbewerbsrecht die in Umsetzung der UGP-Richtlinie ergangene UWG-Novelle von 2008 mit den Folgeänderungen in den Jahren 2009, 2010 und 2013. Die seit 2007 veröffentlichte Rechtsprechung und Literatur wurde umfassend eingearbeitet. Das Manuskript befindet sich auf dem Stand 1. Februar 2014, vereinzelt auch darüber hinaus.

Mit der zweiten Auflage ist Herr Rechtsanwalt *Jens Hoffmann*, früher Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mainzer Lehrstuhl des Autors *Dreher*, als Autor hinzutreten. Beide verantworten gemeinsam den kartellrechtlichen Teil des Buchs, während die inhaltliche Verantwortung für dessen wettbewerbsrechtlichen Teil bei dem Autor *Kling* liegt.

Die Autoren danken der Wissenschaftsförderung des Deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft e.V. für großzügige Unterstützung der Neuauflage in Form von Personalmitteln für den Mainzer Lehrstuhl des Autors *Dreher*.

Die Verfasser danken weiter Herrn Wissenschaftlichen Mitarbeiter *Peter Glöckle*, Mainz, für seine Tätigkeit zu Beginn der Arbeiten an der Neuauflage sowie Frau *Regina Heß* und Frau *Sabine Kohn* in Mainz und Frau *Sabine Bodenbender* in Marburg für die Erledigung der umfangreichen Sekretariats- und Korrekturarbeiten.

Mainz, Bad Kreuznach und Marburg, im November 2014

Meinrad Dreher

Jens Hoffmann

Michael Kling

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIX
1. Teil. Versicherungskartellsrecht	
1. Kapitel. Grundlagen	1
§ 1. Der Wettbewerb in Versicherungsmärkten	3
§ 2. Das Verhältnis des Versicherungskartellsrechts zum Versicherungsaufsichtsrecht	16
§ 3. Das Verhältnis von deutschem und europäischem Versicherungskartellrecht	22
§ 4. Die Rechtsgrundlagen des deutschen und des europäischen Versicherungskartellsrechts	28
§ 5. Die Abgrenzung von Versicherungsmärkten	33
2. Kapitel. Das Kartellverbot und die Versicherungswirtschaft	51
§ 6. Grundlagen	51
§ 7. Der Austausch von Informationen in der Versicherungswirtschaft	63
§ 8. Die Mitversicherung	105
§ 9. Die gemeinsame Erarbeitung und Bekanntgabe von Mustern Allgemeiner Versicherungsbedingungen und von Überschussbeteiligungsmodellen	158
§ 10. Die Zusammenarbeit bei Sicherheitsvorkehrungen	185
§ 11. Die Schadenabwicklung durch Versicherungsunternehmen	195
§ 12. Kartellrechtsfragen des Versicherungsvertriebs	228
3. Kapitel. Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung in der Versicherungswirtschaft	251
§ 13. Die Rechtsgrundlagen	251
§ 14. Die Marktbeherrschung	252
§ 15. Der Missbrauch	255
4. Kapitel. Die Kontrolle von Zusammenschlüssen unter Beteiligung von Versicherungsunternehmen	257
§ 16. Die Entwicklung der europäischen Zusammenschlusskontrolle und die Anwendung auf die Versicherungswirtschaft	257
§ 17. Sonderregelungen der FKVO für Zusammenschlüsse von Versicherungsunternehmen	260
§ 18. Die Praxis der europäischen Zusammenschlusskontrolle im Bereich der Versicherungswirtschaft	263
5. Kapitel. Die Rechtsfolgen von Kartellrechtsverstößen für Versicherungsunternehmen und deren Geschäftsleiter	273
§ 19. Überblick	273
§ 20. Keine Rechtfertigung aufgrund von Zwangskontakten	276
§ 21. Die Rechtsfolgen von Kartellrechtsverstößen	278

Inhaltsübersicht

2. Teil. Versicherungswettbewerbsrecht

6. Kapitel. Grundlagen	315
§ 22. Einführung	316
§ 23. Die Rechtsquellen	323
7. Kapitel. Die wettbewerbliche Verbandstätigkeit	345
§ 24. Die Rechtsnatur und die Bindungswirkung von wettbewerbsbezogenen Verbandsregelungen	345
§ 25. Die Verbandsregelungen des Wettbewerbs und das Kartellrecht	350
§ 26. Die Einhaltung des Verbandswettbewerbsrechts	354
8. Kapitel. Die Fallgruppen des Versicherungswettbewerbsrechts.....	357
§ 27. Vergleichende Werbung	357
§ 28. Testwerbung	403
§ 29. Telekommunikationswerbung	414
§ 30. Werbung durch Vertreter (Hausbesuche)	433
§ 31. Der Einbruch in fremde Vertragsbeziehungen	445
§ 32. Sonstige Fälle unlauteren Wettbewerbshandelns im Bereich der Versicherungswirtschaft	471
§ 33. Die Bedeutung versicherungsrechtlicher Rechtsvorschriften für die Anwendung des § 4 Nr. 11 UWG	509
9. Kapitel. Die Rechtsfolgen von Wettbewerbsverstößen	515
§ 34. Der Anspruch auf Beseitigung	515
§ 35. Der Anspruch auf Unterlassung	522
§ 36. Der Anspruch auf Schadenersatz	526
Sachverzeichnis	529

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXIX
1. Teil. Versicherungskartellrecht	
1. Kapitel. Grundlagen	1
§ 1. Der Wettbewerb in Versicherungsmärkten	3
A. Die Entwicklung des Wettbewerbs in den Versicherungsmärkten und seine Erfassung durch das deutsche sowie das europäische Kartellrecht	3
B. Spezifische Wettbewerbsdeterminanten	10
C. Die rechtstatsächliche Bedeutung des Versicherungskartellrechts	12
§ 2. Das Verhältnis des Versicherungskartellrechts zum Versicherungsaufsichtsrecht	16
A. Das Zusammenwirken der EU-Kommission als europäischer Kartellbehörde und der nationalen Versicherungsaufsichtsbehörden nach europäischem Kartellrecht und Versicherungsrecht	16
B. Das Zusammenwirken der deutschen Kartellbehörden und der Versicherungsaufsichtsbehörden nach deutschem Kartellrecht und Versicherungsrecht	17
I. Das versicherungsbezogene Handeln deutscher Kartellbehörden	17
1. Verwaltungsverfahren	17
2. Bußgeldverfahren	18
II. Das wettbewerbsbezogene Handeln deutscher Versicherungsaufsichtsbehörden	19
1. Die Beanstandung von Kartellrechtsverstößen	19
2. Hoheitliche Eingriffe in den Wettbewerb	19
3. Aufsichtsrechtliche Folgen vom Kartellrechtsverstößen	20
§ 3. Das Verhältnis von deutschem und europäischem Versicherungskartellrecht	22
A. Die Bedeutung des europäischen Kartellrechts für Versicherungsunternehmen	22
B. Der Vorrang des europäischen Versicherungskartellrechts	22
I. Die rechtstatsächliche Dominanz des europäischen Versicherungskartellrechts als Ausgangspunkt	22
II. Das EU-Primärrecht	23
III. Die GVO Versicherungswirtschaft	24
IV. Feststellungen i.S.d. Art. 10 VO Nr. 1/2003 und Beratungsschreiben	25
C. Die Auslegung des deutschen Versicherungskartellrechts gemäß dem europäischen Versicherungskartellrecht	26
§ 4. Die Rechtsgrundlagen des deutschen und des europäischen Versicherungskartellrechts	28
A. Das europäische Kartellrecht	28
I. Das materielle Recht	28
II. Das Verfahrensrecht	30
III. Sonstiges	30
B. Das deutsche Kartellrecht	31
§ 5. Die Abgrenzung von Versicherungsmärkten	33
A. Die Bedeutung der Marktabgrenzung für das Versicherungskartellrecht	33

Inhaltsverzeichnis

	Seite
B. Die Grundlagen der Abgrenzung der relevanten Versicherungsmärkte	35
I. Die drei Dimensionen der Marktabgrenzung	35
II. Der sachlich relevante Markt	35
1. Der sachlich relevante Markt im Kartellrecht	35
2. Die sachlich relevanten Versicherungsmärkte	36
III. Der räumlich relevante Markt	42
1. Der räumlich relevante Markt im Kartellrecht	42
2. Die räumlich relevanten Versicherungsmärkte	43
C. Praktische Beispiele für die Abgrenzung von Versicherungsmärkten	46
I. Die Märkte für Berufshaftpflichtversicherungen	46
II. Lebensversicherungsmärkte	48
III. Rückversicherungsmärkte	49
2. Kapitel. Das Kartellverbot und die Versicherungswirtschaft	51
§ 6. Grundlagen	51
A. Die Erfassung horizontaler und vertikaler Wettbewerbsbeschränkungen	51
I. Das Kartellverbot	51
II. Die Spürbarkeit	51
B. Die Anwendbarkeit des Kartellverbots auf die Versicherungswirtschaft	54
C. Die Anwendungspraxis	55
I. Unternehmerisch veranlasste Wettbewerbsbeschränkungen	55
II. Staatlich veranlasste Wettbewerbsbeschränkungen	57
1. Erscheinungsformen	57
2. Das Regionalprinzip	57
3. Die gesetzliche Begrenzung der Abschlusskosten	59
a) Die private Krankenversicherung	59
b) Die Lebens- und Rentenversicherung	62
§ 7. Der Austausch von Informationen in der Versicherungswirtschaft	63
A. Der besondere Informationsbedarf in der Versicherungswirtschaft und die Notwendigkeit kartellrechtlicher Differenzierungen	63
B. Die allgemeine kartellrechtliche Beurteilung des Informationsaustauschs	65
I. Grundlagen	65
II. Die kartellrechtliche Beurteilung des Informationsaustauschs nach Art. 101 AEUV	65
1. Der Ausgangspunkt	65
2. Die Beteiligung an einer Verhaltenskoordinierung	67
3. Die Wettbewerbsbeschränkung	69
a) Der wettbewerbsbeschränkende Zweck	69
b) Die wettbewerbsbeschränkenden Auswirkungen	69
4. Die Freistellung	73
III. Die kartellrechtliche Beurteilung des Informationsaustauschs nach § 1 GWB	74
C. Der Austausch bestehender oder geplanter Geschäftskonzepte sowie sonstiger Materialien in der Versicherungswirtschaft	76
I. Der identifizierende Charakter eines Informationsaustauschs	76
II. Der direkte Informationsaustausch zwischen Versicherungsunternehmen	76
III. Der indirekte Informationsaustausch über Versichererverbände und Gemeinschaftsunternehmen von Versicherungsunternehmen	78
IV. Der indirekte Informationsaustausch über unabhängige Dritte unter Beteiligung von Versicherungsunternehmen als Informationslieferanten	79

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Beteiligung durch Informationsverschaffung	79
2. Die wettbewerbsbeschränkende Funktion eines Informationsaustauschs über unabhängige Dritte	80
3. „Marktzwang“ als Rechtfertigungsgrund?	80
4. Vergangenheitsbezug und Zugänglichkeit der Information als Rechtfertigungsgründe?	80
V. Der indirekte Informationsaustausch über unabhängige Dritte ohne Beteiligung von Versicherungsunternehmen als Informationslieferanten	83
D. Das HIS und die Vorversichererfrage	83
I. Das Hinweis- und Informationssystem (HIS)	83
II. Die Anfrage bei Vorversicherern	86
III. Das Verhältnis von HIS und Vorversichereranfrage	88
E. Die Anfrage bei Versicherungsinteressenten, Versicherungsnehmern und Versicherungsmaklern	89
F. Die gemeinsamen Erhebungen, Tabellen und Studien	89
I. Das Problem	89
II. Das wettbewerbliche Gefährdungspotential und der kartellrechtliche Ansatz	91
III. Der Gegenstand der Freistellung	92
IV. Die Freistellungsvoraussetzungen und die Freistellungsgrenzen	95
G. Das Benchmarking	99
H. Die Internetvergleichsportale	102
§ 8. Die Mitversicherung	105
A. Grundlagen	105
I. Das Problem	105
II. Die Arten der Risikoteilung durch Versicherungsunternehmen	105
1. Die Risikoteilung als eine Art der Risikobewältigung durch Versicherungsunternehmen	105
2. Die Rückversicherung	106
3. Der Versicherungspool	106
4. Die Nebenversicherung	107
5. Die Mitversicherung	108
III. Der Begriff und die Rechtsgrundlagen der Mitversicherung	109
1. Der Begriff der Mitversicherung	109
2. Die Rechtsnatur der Mitversicherung	111
a) Das Außenverhältnis von Mitversicherern und Versicherungsnehmer	111
b) Das Innenverhältnis der Mitversicherer untereinander	111
B. Die Abgrenzung der Mitversicherungsgemeinschaft von der Mitversicherung im Einzelfall	112
I. Die Notwendigkeit der Abgrenzung	112
II. Die Abgrenzungskriterien	113
III. Die Einordnung der typischen Vertragsgestaltungen	118
1. Die Gruppenversicherung	118
2. Der Rahmenvertrag	119
3. Die Konzernversicherung	120
4. Die laufende Versicherung	122
5. Die Bündelung von Versicherungsleistungen bei der Ausschreibung	124
C. Die kartellrechtliche Beurteilung der Einzelmitversicherung	126
I. Das wettbewerbliche Gefährdungspotenzial	126
II. Die Notwendigkeit der Einzelfallprüfung	126
D. Die kartellrechtliche Beurteilung von Mitversicherungsgemeinschaften	127

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Das wettbewerbliche Gefährdungspotenzial und der kartellrechtliche Ansatz	127
II. Die Wettbewerbsbeschränkung i.S.v. Art. 101 Abs. 1 AEUV bzw. § 1 GWB	130
1. Selbstduldigkeitspostulat des Kartellrechts versus Interessenidentität der Mitversicherer	130
a) Grundlagen	130
b) Die Gründung einer Mitversicherungsgemeinschaft	131
c) Die Vereinbarung einheitlicher AVB und Prämien	132
d) Die Begleitvereinbarungen	135
e) Der Informationsaustausch	135
2. Die Bedeutung von Kundenwünschen und Maklerkonzepten für die Beschränkung des Wettbewerbs	138
III. Die Spürbarkeit	141
1. Die Ausgangslage	141
2. Die Bedeutung der Kernbeschränkungsregelung der de-minimis-Bekanntmachung für Mitversicherungsgemeinschaften	141
IV. Die Freistellung nach der GVO Versicherungswirtschaft bei Mitversicherungsgemeinschaften	145
1. Die befristete Freistellung zur Deckung neuartiger Risiken	145
a) Der Tatbestand	145
b) Das neuartige Risiko	146
c) Die Kombination neuartiger und bekannter Risiken	146
2. Die unbefristete Freistellung bei Unterschreiten der Marktanteilsschwelle	147
a) Die veränderte Marktanteilsberechnung	147
b) Die Bestimmung der Marktanteile	148
3. Sonstige Freistellungsvoraussetzungen	149
a) Die Beteiligten an einer Versicherungsgemeinschaft	149
b) Die Freistellung „unerlässlicher“ Beschränkungen	150
c) Die schwarzen Klauseln	150
d) Die Sonderregelung für Mit-Rückversicherungsgemeinschaften	151
V. Selbstveranlagung, Entzug der Gruppenfreistellung und Einzelfreistellung	152
VI. Die Beurteilung von Mitversicherungsgemeinschaften außerhalb des Anwendungsbereichs der GVO Versicherungswirtschaft	153
1. Das Drei-Stufen-Konzept der Kommission	153
2. Die Anwendungspraxis der Kommission	155
E. Übersichten zu der kartellrechtlichen Beurteilung der Mitversicherungstätigkeit	156
§ 9. Die gemeinsame Erarbeitung und Bekanntgabe von Mustern Allgemeiner Versicherungsbedingungen und von Überschussbeteiligungsmodellen	158
A. Grundlagen	158
I. Die Muster-AVB	158
II. Die Überschussbeteiligungsmodelle	160
B. Die kartellrechtliche Beurteilung der Schaffung von Muster-AVB	160
I. Die bis 30. September 2010 geltende Freistellung im Überblick	160
II. Die Beurteilung von Muster-AVB nach Art. 101 AEUV	161
1. Der Ausgangspunkt	161
2. Die Beurteilung nach Art. 101 Abs. 1 AEUV	163
a) Allgemeines	163

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Die bezweckte Wettbewerbsbeschränkung	165
c) Die bewirkte Wettbewerbsbeschränkung	166
3. Die Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	173
a) Die Kriterien	173
b) Die Effizienzgewinne	174
c) Die angemessene Beteiligung der Verbraucher	175
d) Die Unerlässlichkeit	177
e) Keine Ausschaltung des Wettbewerbs	178
III. Der Beurteilungszeitpunkt und die Rechtsfolgen	180
C. Die kartellrechtliche Regelung der Schaffung von Überschussbeteiligungsmodellen	182
I. Die bis 30. September 2010 geltende Freistellung	182
II. Die Beurteilung von Überschussbeteiligungsmodellen nach Art. 101 AEUV	183
§ 10. Die Zusammenarbeit bei Sicherheitsvorkehrungen	185
A. Grundlagen	185
I. Der Gegenstand	185
II. Der Wegfall des Freistellungstatbestands	186
B. Die kartellrechtliche Beurteilung	188
I. Der Ausgangspunkt	188
II. Die wettbewerblichen Auswirkungen i. S. v. Art. 101 Abs. 1 AEUV	189
1. Die betroffenen Wettbewerbsbeziehungen	189
2. Die Ansicht der Kommission zur fehlenden Wettbewerbs- beschränkung	190
III. Die Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	192
1. Die Verlautbarungen	192
2. Die gemeinsame Prüfungs- und Zertifizierungstätigkeit	193
§ 11. Die Schadenabwicklung durch Versicherungsunternehmen	195
A. Grundlagen	195
I. Die Wettbewerbsrelevanz der Tätigkeit von Versicherungsunternehmen im Bereich der Schadenregulierung	195
1. Die Einflussnahme von Versicherungsunternehmen auf die Nachfrage und das Angebot von Leistungen zur Schadenregulierung	195
2. Die Zusammenarbeit von Versicherungsunternehmen bei der Schadenregulierung	199
II. Die Rechtsgrundlagen	199
1. Die Unanwendbarkeit der GVO Versicherungswirtschaft	199
2. Die Geltung und Anwendung des allgemeinen Kartellrechts	200
B. Der Austausch von Informationen zwischen Versicherungsunternehmen im Rahmen der Schadenabwicklung	203
I. Der Informationsaustausch bei der Schadenabwicklung und dessen Wettbewerbsrelevanz	203
II. Der Austausch über erhöhte Risiken	203
C. Die Vereinbarung von Schadenteilungsabkommen und Regressverzichts- abkommen zwischen Versicherungsunternehmen	205
I. Das Problem	205
II. Die kartellrechtliche Beurteilung	205
D. Die Zusammenarbeit von Versicherungsunternehmen und anderen Unternehmen bei der Erbringung von Hilfe-, Rechtsberatungs- und Schadenabwicklungsleistungen	207
I. Die versicherungsvertrags- und kartellrechtlichen Grundlagen	207
1. Geldersatz und Naturalersatz im Versicherungsvertrag	207

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Geldersatz und Naturalersatz im Schadensrecht	208
3. Effizienz und Wettbewerb bei der Schadenregulierung	209
a) Die Nachfragemacht der Versicherungsunternehmen	209
b) Das Unfallersatzwagengeschäft als Katalysator für eine effizientere Schadenabwicklung	209
c) Die zunehmende Nachfrage nach Sachleistungen durch Versicherungsnehmer	211
d) Die Auswirkungen auf die Versicherungsprämien	212
e) Die wirtschaftliche Handlungsfreiheit von Versicherungsnehmern und Leistungserbringern	212
II. Die kartellrechtliche Beurteilung von Preisbindungsvereinbarungen zwischen Versicherungsunternehmen und Leistungserbringern	213
1. Die maßgeblichen Vereinbarungen und die kartellrechtlichen Folgefragen	213
2. Die Wettbewerbsbeschränkung	214
a) Naturalersatz als versicherte Leistung	214
b) Geldersatz als versicherte Leistung	215
c) Nichtversicherte Leistungen	217
3. Die Spürbarkeit	218
4. Die Freistellung	219
a) Die Gruppenfreistellung	219
b) Die Einzelfreistellung	220
5. Zwischenergebnis	220
III. Die kartellrechtliche Beurteilung von Höchstpreisbindungsverein- barungen zwischen Versicherungsunternehmen und Leistungs- erbringern	220
1. Die Gruppenfreistellung	220
2. Die Einzelfreistellung	221
IV. Die kartellrechtliche Beurteilung der sogenannten Botenlösung	222
V. Die kartellrechtliche Beurteilung der Zusammenarbeit von Versicherungs- unternehmen beim Schadenmanagement	224
VI. Das Schadenmanagement der Versicherungsunternehmen und das Missbrauchsverbot	226
§ 12. Kartellrechtsfragen des Versicherungsvertriebs	228
A. Der Versicherungsvertrieb und seine Wettbewerbsrelevanz	228
B. Die kartellrechtliche Beurteilung von Ausschließlichkeitsbindungen der Versicherungsvermittler	229
I. Die versicherungsnahen Ausschließlichkeitsvermittler	229
II. Die in Drittstrukturen eingebundenen Ausschließlichkeits- vermittler	233
C. Die kartellrechtliche Beurteilung des Verbots der Abgabe von Provisionen durch Versicherungsvermittler an Versicherungsnehmer	234
I. Das Provisionsabgabeverbot und seine Wettbewerbsrelevanz	234
II. Die Rechtsgrundlagen der Provisionsabgabeverbote	236
1. Die Lebensversicherung	236
2. Die Krankenversicherung	238
3. Die Schadenversicherung	238
4. Folgerungen	238
III. Die Vereinbarkeit des deutschen Provisionsabgabeverbots in der Lebensversicherung mit Art. 4 Abs. 3 EUV, Art. 51 EUV i.V.m. Protokoll Nr. 27, Art. 101 AEUV	238

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Der kartellrechtliche Ansatz des EuGH und sein Urteil Meng zum Provisionsabgabeverbot	238
2. Folgerungen	240
D. Die kartellrechtliche Beurteilung horizontaler Abstimmungen im Zusammenhang mit dem Versicherungsvertrieb	243
I. Das Problem	243
II. Der gemeinsame Verhaltenskodex für den Vertrieb	243
1. Die wettbewerblichen Wirkungen	243
2. Die Verfolgung eines legitimen Ziels	244
3. Die Freistellung	246
III. Die Maklerpools	247
3. Kapitel. Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung in der Versicherungswirtschaft	251
§ 13. Die Rechtsgrundlagen	251
§ 14. Die Marktbeherrschung	252
§ 15. Der Missbrauch	255
A. Der Missbrauchstatbestand	255
B. Missbrauchssachverhalte im Bereich der Versicherungswirtschaft	255
4. Kapitel. Die Kontrolle von Zusammenschlüssen unter Beteiligung von Versicherungsunternehmen	257
§ 16. Die Entwicklung der europäischen Zusammenschlusskontrolle und die Anwendung auf die Versicherungswirtschaft	257
§ 17. Sonderregelungen der FKVO für Zusammenschlüsse von Versicherungsunternehmen	260
A. Die Durchgangsbeteiligungsklausel des Art. 3 Abs. 5 lit. a FKVO	260
B. Die Umsatzklausel des Art. 5 Abs. 3 lit. b FKVO	260
C. Das Versicherungsaufsichtsrecht als berechtigtes mitgliedstaatliches Interesse nach Art. 21 Abs. 4 FKVO	262
§ 18. Die Praxis der europäischen Zusammenschlusskontrolle im Bereich der Versicherungswirtschaft	263
A. Allgemeines	263
B. Der Zusammenschlusstatbestand	263
I. Fusion und Kontrollerwerb	263
II. Gründung eines Vollfunktions-Gemeinschaftsunternehmens	264
C. Die Marktabgrenzung	265
I. Der sachlich relevante Markt	265
1. Der Erstversicherungsmarkt	265
2. Der Rückversicherungsmarkt	267
II. Der räumlich relevante Markt	267
1. Der Erstversicherungsmarkt	267
2. Der Rückversicherungsmarkt	269
D. Die Marktbeherrschung	269
E. Die erhebliche Behinderung wirksamen Wettbewerbs	270
5. Kapitel. Die Rechtsfolgen von Kartellrechtsverstößen für Versicherungsunternehmen und deren Geschäftsleiter	273
§ 19. Überblick	273
A. Rechtsänderungen im Zuge der jüngsten Reformen im europäischen und deutschen Kartellrecht	273
B. Die Erhöhung der Verfolgungsaktivität der Kartellbehörden	274

Inhaltsverzeichnis

§ 20. Keine Rechtfertigung aufgrund von Zwangskontakten	276
§ 21. Die Rechtsfolgen von Kartellrechtsverstößen	278
A. Allgemeines	278
B. Die Untersagung	278
C. Das Bußgeld	280
I. Die bußgeldpflichtigen Kartellrechtsverstöße	280
II. Die Adressaten des Bußgelds	280
1. Europäisches Recht	280
2. Deutsches Recht	281
a) Bußgelder gegen unmittelbar handelnde Personen	281
b) Bußgelder gegen Aufsichtspflichtige	282
c) Bußgelder gegen Unternehmen	282
III. Die Anforderungen an das Verschulden	284
IV. Die Höhe des Bußgelds	287
1. Bußgeldverfügungen der Europäischen Kommission	287
2. Bußgeldverfügungen deutscher Kartellbehörden	288
V. Die Rabattregelungen für die Selbstanzeige bzw. die Mitarbeit bei der Aufklärung	289
VI. Die Dauer der Bußgeldpflicht	291
VII. Die parallele Bebußung von Kartellrechtsverstößen durch die Kommission und durch nationale Kartellbehörden	292
VIII. Die Rechtsmittel gegen die Verhängung von Bußgeldern	293
D. Die zivilrechtliche Unwirksamkeit von Vereinbarungen	294
E. Der Schadenersatz	295
I. Schadenersatzpflichtige Verstöße	295
1. Die aktuelle Rechtslage	295
2. Die Bestrebungen der EU-Kommission	297
II. Gerichtliche Zuständigkeit	299
III. Die Anspruchsberechtigung bei Schadenersatzansprüchen	300
IV. Die Schadensberechnung und das Problem der Vorteilsausgleichung	304
1. Die Berechnung des Schadens und dessen Nachweis	304
2. Das Problem der Vorteilsausgleichung (passing-on defense)	306
3. Unzulässigkeit des mehrfachen Schadenersatzes	308
F. Die Anfechtung kartellbefangener Verträge	309
G. Die Ansprüche auf Unterlassung und Beseitigung	310
H. Die Vorteilsabschöpfung	310

2. Teil. Versicherungswettbewerbsrecht

6. Kapitel. Grundlagen	315
§ 22. Einführung	316
A. Begriff und systematischer Standort des Versicherungswettbewerbsrechts	316
B. Die Entwicklung des Versicherungswettbewerbsrechts	318
C. Der Wettbewerb im Versicherungssektor	320
§ 23. Die Rechtsquellen	323
A. Das Wettbewerbsrecht und hierauf beruhende Rechtsprechung	323
B. Der Einfluss des EU-Rechts auf das Wettbewerbsrecht	327
I. Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)	327
II. Sekundäres Unionsrecht – EU-Richtlinien	328
III. Das maßgebliche Verbraucherleitbild	332
1. Die Entwicklung im europäischen und deutschen Wettbewerbsrecht	332
2. Folgerungen für das Versicherungswettbewerbsrecht	336

Inhaltsverzeichnis

	Seite
C. Das VAG und die Aufsichtspraxis des BAV	337
I. Anordnungen nach § 81 Abs. 2 VAG (Missstandsaufsicht)	337
1. Grundlagen	337
2. Die Missstandsaufsicht nach der Novelle des VAG	338
3. Insbesondere das „Führen von Bezeichnungen“	339
a) Gegenwärtiger Rechtsstand (seit 2000)	339
b) Rechtsstand nach der Novelle des VAG	339
II. Behördliche Verlautbarungen	340
III. Benachteiligung der Versicherungswirtschaft gegenüber anderen Wirtschaftszweigen durch Aufsicht über wettbewerbliches Verhalten?	341
IV. Unterschiedliche Maßstäbe bei Aufsichtsmaßnahmen und zivilrechtlicher Inanspruchnahme?	341
D. Die Verbandstätigkeit im Wettbewerbsrecht	343
7. Kapitel. Die wettbewerbliche Verbandstätigkeit	345
§ 24. Die Rechtsnatur und die Bindungswirkung von wettbewerbsbezogenen Verbandsregelungen	345
A. Grundlagen	345
B. Vertragsrecht	346
C. Verbandsrecht	346
D. Wettbewerbsregeln und wettbewerbsrechtliches Unwerturteil	348
§ 25. Die Verbandsregelungen des Wettbewerbs und das Kartellrecht	350
A. Die wettbewerbliche Selbstregulierung und das Kartellverbot	350
I. Das Problem	350
II. Das deutsche Kartellverbot	350
III. Das europäische Kartellverbot	351
B. Die Freistellungsmöglichkeiten vom Kartellverbot	353
§ 26. Die Einhaltung des Verbundswettbewerbsrechts	354
A. Vertrag und Satzungsregelungen	354
B. Zusammenspiel von Lauterkeitsrecht und Verbundswettbewerbsrecht	354
C. Verstoß gegen Verbundswettbewerbsrecht als Verstoß gegen die wettbewerbsrechtliche Generalklausel des § 3 UWG	354
8. Kapitel. Die Fallgruppen des Versicherungswettbewerbsrechts	357
§ 27. Vergleichende Werbung	357
A. Die Bedeutung der vergleichenden Werbung im Beziehungswettbewerb	358
B. Die Rechtsgrundlagen der vergleichenden Werbung	360
C. Die Zulässigkeit vergleichender Werbung in der Versicherungswirtschaft	362
I. Der Anwendungsbereich des § 6 UWG	362
1. Einführung	362
a) Begriff der vergleichenden Werbung und Problemübersicht	362
b) Der Mitbewerberbegriff	362
c) Vergleichende Werbung ohne Vergleich?	363
d) Die unternehmensbezogene vergleichende Werbung	364
2. Die Tatbestandsmerkmale der vergleichenden Werbung gemäß § 6 UWG	366
a) Die Definition der vergleichenden Werbung in § 6 Abs. 1 UWG	366
b) Der Begriff der Werbung	367
c) Die Mitbewerbereigenschaft	369
d) Die Erkennbarkeit des Mitbewerbers	372

Inhaltsverzeichnis

	Seite
3. Die Unlauterkeit vergleichender Werbung gemäß § 6 Abs. 2 UWG	373
a) Vergleich von Waren oder Dienstleistungen für den gleichen Bedarf oder dieselbe Zweckbestimmung	373
b) Die erforderlichen Kriterien für den Eigenschaftsvergleich	374
c) Keine unlautere Herbeiführung von Verwechslungen	378
d) Keine unlautere Rufausbeutung oder Rufbeeinträchtigung	379
e) Keine unlautere Herabsetzung oder Verunglimpfung	382
f) Keine unlautere Darstellung als Imitation oder Nachahmung	388
4. Die Frage nach der Geltung der Erheblichkeitsschwelle des § 3 UWG im Rahmen der vergleichenden Werbung	389
II. Die Zulässigkeitskriterien für die vergleichende Versicherungswerbung im Einzelnen	390
1. Vergleichende Werbung	390
2. Bedarfs- und Zweckidentität	392
3. Eigenschaftsbegriff, Objektivität und Nachprüfbarkeit	392
4. Keine Herabsetzung oder Verunglimpfung	394
5. Keine Irreführung	398
III. Das unausgeschöpfe Potential für vergleichende Versicherungs- werbung	400
IV. Die Aufsichtspraxis des BAV bzw. der BaFin	400
V. Das Verbandsrecht	401
§ 28. Testwerbung	403
A. Die Arten der Testwerbung	403
B. Werbung mit eigenen und fremden Testergebnissen	403
C. Werbung in Form allgemeiner Werbevergleiche	406
D. Werbung mit neutralen Produkttests	411
§ 29. Telekommunikationswerbung	414
A. Werbung gegenüber Privaten	414
I. Der Grundsatz	414
1. Telefonwerbung	417
2. Telefax- und E-Mail-Werbung	419
3. Zivilrechtliche Bewertung der Telefax- und E-Mail-Werbung bei Fehlen eines konkreten Wettbewerbsverhältnisses	421
II. Die Einwilligung	421
1. Die Erklärung der Einwilligung	421
2. Die Wirksamkeit der Einwilligung	423
3. Die Reichweite der Einwilligung	425
B. Die Telefonwerbung im gewerblichen Bereich	428
C. Grenzüberschreitende Telekommunikationswerbung	430
§ 30. Werbung durch Vertreter (Hausbesuche)	433
A. Versicherungsvermittlung im Außendienst	433
I. Die Rechtsprechung zur Zulässigkeit der Haustürwerbung	433
II. Die Unzulässigkeit der Haustürwerbung als neue Tendenz	435
III. Sonstige Beschränkungen der Vertreterwerbung durch das Verbundswettbewerbsrecht und das Aufsichtsrecht	438
B. Versicherungsvermittlung durch Vertreter im öffentlichen Dienst	441
I. Die sogenannten Vertrauensleute	441
II. Die Rechtsprechung zur Versicherungswerbung durch sogenannte Vertrauensleute	442

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 31. Der Einbruch in fremde Vertragsbeziehungen	445
A. Die grundsätzliche Wettbewerbskonformität des Einbruchs in fremde Vertragsbeziehungen	445
B. Das Ausspannen von Kunden	449
I. Kündigungshilfe	449
II. Besonderheiten bei der Gruppenversicherung	455
III. Beteiligung ehemaliger Versicherungsvertreter	456
C. Das Ausspannen von Mitarbeitern und Vertretern	458
§ 32. Sonstige Fälle unlauteren Wettbewerbshandelns im Bereich der Versicherungswirtschaft	471
A. Geschäftliche Handlung	471
B. Irreführung	475
I. Grundlagen	475
II. Beispieldokument – Rechtsprechung	476
1. Irreführung bejaht	476
2. Irreführung verneint	486
C. Laienwerbung	488
D. Gefühlsbetonte Werbung	493
E. Aleatorische Werbung	497
F. Sonstige Fälle	498
I. Übertriebenes Anlocken und § 4 Nr. 1 UWG	498
II. Ausnutzung der geschäftlichen Unerfahrenheit gemäß § 4 Nr. 2 UWG	502
§ 33. Die Bedeutung versicherungsrechtlicher Rechtsvorschriften für die Anwendung des § 4 Nr. 11 UWG	509
A. Einführung	509
B. Verstöße gegen behördliche Anordnungen	510
C. Verstöße gegen Vorschriften des VVG und des VAG	510
I. Das Kriterium der Marktverhaltensregelung im Versicherungsrecht	510
II. Verstöße gegen Vorschriften des VVG	511
III. Verstöße gegen Vorschriften des VAG	512
9. Kapitel. Die Rechtsfolgen von Wettbewerbsverstößen	515
§ 34. Der Anspruch auf Beseitigung	515
I. Grundlagen	515
II. Wettbewerbsrechtliche Verantwortlichkeit	516
1. Verletzter und Teilnehmer	516
2. Störerhaftung	516
§ 35. Der Anspruch auf Unterlassung	522
I. Grundlagen	522
II. Die Bedeutung der Abmahnung	524
§ 36. Der Anspruch auf Schadenersatz	526
I. Grundlagen	526
II. Zivilrechtliches Schadenrecht und dreifache Schadensberechnung	527
Sachverzeichnis	529

beck-shop.de